

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Braunkohlenutzung sozial- und ökologisch verträglich und zügig beenden

Angesichts der erzwungenen Umsiedlung von tausenden Menschen, der Zerstörung von Natur und Landschaft, der Schädigung des Gewässerhaushaltes, insbesondere auch wegen der gravierenden Veränderungen des Klimas, bleibt der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung auf der Agenda von Bündnis 90/Die Grünen ein zentrales Ziel. Mit den regenerativen Energien und intelligenten Energieeinspartechnologien gibt es Alternativen, die ohne Atomkraft und Kohle die Energieversorgung dauerhaft sichern und Arbeitsplätze schaffen. Das Versprechen der Industrie, durch den Neubau von Braunkohlenkraftwerken würden alte und uneffiziente Anlage aufgegeben, wird nicht eingehalten.

Wir sind für eine Änderung des Bundesberggesetzes (BbergG). Dieses ist dahingehend zu ändern dass Braunkohle nicht als Bodenschatz zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung im Sinne dieses Gesetzes ist.

Das unrealistische Versprechen der Industrie, kohlendioxidfreie Braunkohlekraftwerke zu bauen, halten wir für eine bewusste Täuschung, denn das unter hohem Energieaufwand abzuscheidende oder auszuwaschende Kohlendioxid muss unbegrenzt und sicher gelagert werden. Die in Aussicht gestellte Technologie ist nicht ausgereift. Sichere Lagerstätten sind nicht vorhanden. Bündnis 90/Die Grünen wollen den geordneten Ausstieg aus der Braunkohlenutzung und lehnen Pläne zur Neuerschließung von Abbaugebieten in den Kreisen Euskirchen, Düren und Rhein-Erft-Kreis oder auch im Landkreis Ludwigslust rigoros ab. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wird aufgefordert, sich intensiv für den geordneten Ausstieg aus der Braunkohlenutzung einzusetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ausgabe kostenfreier Verschmutzungszertifikate für Strom aus Kohle zu beenden, ineffiziente alte Braunkohlekraftwerke stillzulegen und keine weiteren Tagebaue zuzulassen. Bündnis 90/Die Grünen erwarten von RWE Power, die Pläne für neue Tagebaue offen zu legen.